

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid

am 15.06.2016

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer 90/Die Grünen	Bündnis	
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Britta Kurzmann	CDU	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	bis 19.01 Uhr - Ende der öffentlichen Sitzung
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	ab 17.05 Uhr
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper Lüdenscheid	Linke Liste	
Ratsherr Jens Voß	SPD	Vertreter für Ratsfrau Sandra Manß
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Herr Horst Eick	SPD	bis 19.25 Uhr - nach TOP 1 der nicht öffentlichen Sitzung
Herr Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für	bis 19.01 Uhr - Ende der öffentlichen Sitzung
Herr Dominik Petereit	FDP	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk Fraktionslos

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Dieter Rotter
Herr Christian Vöcks
Frau Sara Kunkel
Frau Nina Niggemann-Schulte

1.2. Beantwortung der schriftlichen Anfrage eines Bürgers vom 30.04.2016 zum Thema „Einrichtung eines beidseitigen absoluten Halteverbotes im unteren Bereich der Bahnhofsallee“

Herr Vöcks berichtet, dass der seitens eines Bürgers vorgebrachte Widerspruch gegen die beidseitige Halteverbotsregelung im unteren Bereich der Bahnhofsallee mit Schreiben vom 04.05.2016 beantwortet worden sei. In diesem Schreiben wurde dem Bürger nochmals – nach verschiedenen Gesprächen im Zuge der der Beschilderung vorangegangenen Bürgerinformation – erläutert, dass die Gründe für das Halteverbot darin lägen, dass es im Einmündungsbereich der Altenaer Straße/Bahnhofsallee immer wieder zu Rückstauungen gekommen sei, deren Ursache Verkehrsbehinderungen durch parkende Fahrzeuge im Bereich der Bahnhofsallee waren. Zum anderen handele es sich in diesem Bereich um eine Hauptanfahrtsstrecke der Feuerwehr, so dass dringend darauf zu achten sei, dass erkennbare Hindernisse, welche die ungehinderte Durchfahrt der Rettungsdienste behindern könnten, beseitigt würden. Hinsichtlich des kurzfristigen Abstellens eines Fahrzeuges wurde auf die im Bereich des von dem Bürger bewohnten Grundstückes ausreichend vorhandenen Zufahrtsflächen und Parkmöglichkeiten verwiesen.

2. Umsetzung des Elektromobilitätsgesetzes Vorlage: 063/2016

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Möglichkeiten des Elektromobilitätsgesetzes durch eine noch zu erfolgende Ergänzung der Parkgebührenordnung wie folgt umzusetzen:

- Gekennzeichnete Elektrofahrzeuge (E-Plakette) dürfen für die Dauer von maximal drei Stunden auf allen öffentlichen und von der Stadt bewirtschafteten Parkieranlagen im Lüdenscheider Stadtgebiet kostenfrei ohne Lösung eines Parkscheins parken. Die Parkdauer ist durch Auslage einer Parkscheibe zu dokumentieren.
- Die Umsetzung des EmoGs erfolgt zunächst für die Dauer eines Jahres. Danach wird auf Grundlage der Erfahrungswerte bei der Parkraumbewirtschaftung und der aktuellen Zulassungszahlen über eine erneute Verlängerung, Anpassung oder Außerkraftsetzung entschieden.
- Eine gesonderte Beschilderung aller bewirtschafteten öffentlichen Parkieranlage erfolgt nicht. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung der ergänzenden Parkgebührenordnung.
- Betreiber von privat bewirtschaftetem Parkraum sollen darüber informiert werden, dass sie im Fall von abweichenden Regelungen auf ihren Stellplätzen in geeigneter Form darauf hinweisen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

3. Stellungnahme zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Märkischen Kreises
Vorlage: 089/2016

Ratsherr Thomas-Lienkämper kritisiert die Abgabe der Stellungnahme der Verwaltung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Märkischen Kreises ohne vorherige Information der Politik. Inhaltlich bittet er um Auskunft, ob die Stellungnahme der Verwaltung eine bindende Wirkung für den Märkischen Kreis habe oder eventuelle Anregungen lediglich zur Kenntnis genommen würden. Beispielhaft nennt er die Anpassung der Fahrzeiten sowie den Vorschlag einer neuen Buslinie im Hasley.

Herr Bärwolf weist diese Kritik zurück und erwidert, die Abgabe der Stellungnahme der Verwaltung erfolge vorbehaltlich der Zustimmung des jeweiligen Fachausschusses. Selbstverständlich bestehe nach Auskunft des Märkischen Kreises die Möglichkeit, nach Einwänden des Ausschusses die Stellungnahme zu modifizieren und entsprechend zu berücksichtigen. Negativ zu werten wäre, wenn die Verwaltung wegen Fristablauf vor Beteiligung des Fachausschusses überhaupt keine Stellungnahme abgegeben hätte. Das hier praktizierte Vorgehen entspreche im Übrigen dem üblichen Verwaltungshandeln.

Nach kurzer Diskussion ohne weitere Änderungsvorschläge fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme (Anlage 1) zum Nahverkehrsplan des Märkischen Kreises zu bestätigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

4. Zukünftige Qualifikation im Rettungsdienst der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 090/2016

Herr Ruschin erläutert ausführlich die vorliegende Beschlussvorlage. Zunächst geht er auf die geänderte Rechtslage als Auslöser dieser Vorlage ein und berichtet sowohl über die geänderten Voraussetzungen zur Qualifikation des im Rettungsdienst eingesetzten Personals als auch bei der gesetzlich geregelten Besetzung der Fahrzeuge im Rettungsdienst. Abschließend stellt er 2 optionale Lösungsansätze der Verwaltung für die zukünftige Ausrichtung sowie einen Lösungsvorschlag vor, um wie bisher auch zukünftig die Funktionsfähigkeit aller verbeamteten Mitarbeiter für den Einsatz in allen Funktionen in der Feuer- und Rettungswache gewährleisten zu können. Er weist darauf hin, dass die verschiedenen Maßnahmen der Fortbildung für die unterschiedlichen Funktionen gesetzlich vorgeschrieben seien. Ziel der Verwaltung sei die Aufrechterhaltung des Betriebes einer gemeinsamen Feuer- und Rettungswache.

In der sich anschließenden Diskussion beantwortet Herr Ruschin Fragen zur künftigen Höhe der Eingruppierung nach entsprechender Ausbildung, zur Anpassung des Arbeits- und Versicherungsschutzes aufgrund der größeren Verantwortung der Mitarbeiter, der möglichen Ausbildungsdauer, etc.

Um die Aussage der Beibehaltung einer gemeinsamen Feuer- und Rettungswache, was eine Ausnahme und kein vorgeschriebener Standard sei, zu bekräftigen, schlägt Vorsitzender Holzrichter vor der Abstimmung vor, den Beschlussvorschlag, wie folgt zu ergänzen:

"Die Stadt Lüdenscheid hält am Konzept einer gemeinsamen Feuer- und Rettungswache fest. Die Flexibilität der Einsetzbarkeit des verbeamteten Personals der Feuer- und Rettungswache durch die grundsätzliche Einsetzbarkeit in allen Funktionen des Brandschutzes und des Rettungsdienstes soll auch nach der Einführung des Berufsbildes des Notfallsanitäters gewährleistet bleiben."

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu und empfehlen dem Hauptausschuss sowie dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

abweichenden Beschluss:

„Die Stadt Lüdenscheid hält am Konzept einer gemeinsamen Feuer- und Rettungswache fest. Die Flexibilität der Einsetzbarkeit des verbeamteten Personals der Feuer- und Rettungswache durch die grundsätzliche Einsetzbarkeit in allen Funktionen des Brandschutzes und des Rettungsdienstes soll auch nach der Einführung des Berufsbildes des Notfallsanitäters gewährleistet bleiben.“

Der von der ursprünglichen Vorlage 090/2015 abweichende Beschluss ist durch die Ergänzung des ersten Satzes berücksichtigt worden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	1

5. Straßenplanung Wibscha Vorlage: 091/2016

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbauplanung (Anlagen 2 bis 7 verfügbar in Session) der Straße Wibscha entsprechend der im Ausschuss vorgestellten Unterlagen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

6. Bericht über die Schutzzielerreichung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 093/2016

Herr Ruschin erläutert eingangs kurz aus der vorliegenden Tabelle der Beschlussvorlage den Erreichungsgrad zum Schutzziel 1 für das Jahr 2015.

Ergänzend weist er auf eine redaktionelle Korrektur im Bericht hin. Im zweiten Absatz unter der Tabelle müsse die Zahl der Funktionen wie nachfolgend dargestellt von 9 in 10 geändert werden:.

„Die Definition des Schutzziels 2 der Bezirksregierung Arnsberg basiert auf den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter Berufsfeuerwehren zur qualitativen Brandschutzbedarfsplanung (10 Funktionen in 8 Minuten am Einsatzort, 16 Funktionen in 13 Minuten am Einsatzort). Somit sieht diese Definition im Schutzziel 2 eine Funktionsstärke mehr vor, als im Brandschutzbedarfsplan der Stadt Lüdenscheid beschlossen (9 Funktionen in 8 Minuten am Einsatzort, 15 Funktionen in 13 Minuten am Einsatzort). „

Ohne weitere Diskussionen nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Bericht über die Schutzzielerreichung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Ratsherr Thielicke war bei der Abstimmung abwesend.

7. Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2016 zum Thema "Errichtung öffentlicher Grillplätze"

Ratsherr Dudas erläutert den dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügten Antrag der SPD-Fraktion, seitens der Verwaltung die grundsätzliche Einrichtung eines oder mehrerer Grillplätze mit ggf. durch Spenden drittfinanzierter, niederschwelliger Ausstattung zu prüfen, geeignete Konzepte anderer Städte zu vergleichen (z. B. Köln, Bochum) und Vorschläge über geeignete Standorte im Stadtgebiet zu erarbeiten. Er begründet den Bedarf mit der Wohnsituation zahlreicher Familien, welche über keine geeignete Grillmöglichkeit verfügen sowie der Anfrage von Kindergärten, Schulgruppen und sonstiger Institutionen nach derartigen Grillplätzen.

Vorsitzender Holzrichter erklärt, der Bericht der Verwaltung nach Prüfung des o. g. Antrages sei zuständigkeithalber in den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt zu verweisen. Ratsherr Dudas verdeutlicht, dass aufgrund des Antrages kein Beschluss zur Einrichtung von Grillplätzen gefasst werden solle, sondern seitens der Verwaltung lediglich entsprechen-

de Möglichkeiten (wie, wo und in welcher Art entsprechende Möglichkeiten bestehen) zu prüfen seien.

Ohne weitere Aussprache befürworten die Ausschussmitglieder einstimmig den Vorschlag des Vorsitzenden Holzrichter, den Bericht der Verwaltung zur Beantwortung des Antrages der SPD-Fraktion zuständigkeithalber in den Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt zu verweisen.

8. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.06.2016 zum Thema "Modellversuch kostenloses Parken im Bereich der Alt- und Oberstadt"

Ratsfrau Rogalske erläutert den dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügten Antrag der CDU-Fraktion. Bei diesem Antrag gehe es im Wesentlichen um einen Modellversuch zum kostenlosen Parken für drei Stunden (mit Parkscheibe) an den Wochenenden im Bereich der Alt- und Oberstadt. Konkret solle dieser Modellversuch folgende Parkflächen umfassen: Parkpalette Corneliusstraße, Parkflächen auf dem Oberstadttunnel, Parkfläche Ecke Schillerstraße/Hochstraße, gesamte Parkflächen westlich der Hochstraße/Werdohler Straße. Ziel dieses Modellversuches sei mit Blick auf das Integrierte Handlungskonzept Altstadt die Förderung und Stärkung des Handels in der Altstadt und Oberstadt. Ratsfrau Rogalske betont, der Antrag stelle ausdrücklich einen Modellversuch vor, welcher nicht abschließend formuliert sei und bei entsprechenden Vorschlägen oder Anregungen gerne modifiziert werde.

Vor Beginn der Diskussion informiert Vorsitzender Holzrichter, dass derzeit an einer Überarbeitung der Parkgebührensatzung gearbeitet werde. Die Tarifkommission habe hierzu bereits getagt. Eine entsprechende Beschlussvorlage mit den ab 01.01.2017 vorgesehenen Änderungen sei für die zweite Jahreshälfte 2016 geplant.

Es folgt eine kurze Diskussion. Neben der Frage zum Deckungsvorschlag für die finanziellen Ausfälle durch diesen Modellversuch vor dem Hintergrund der Parkraumbewirtschaftung als eine Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes wird auf eine eventuelle Bevorzugung der Oberstadt gegenüber den Händlern in der Knapper Straße hingewiesen. Herr Bärwolf informiert über die bereits jetzt sehr hohe Auslastung der beiden vorgenannten Bereiche Knapper Straße und Oberstadt mit bis zu 90 Prozent.

Ratsfrau Rogalske begrüßt die von Ratsherrn Dudas sowie Vorsitzendem Holzrichter vorgeschlagene Verweisung in die Fraktionen zur weiteren Beratung.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, durch die WKL die Höhe der derzeit in den genannten Bereichen erzielten Einnahmen sowie den Grad der Auslastung zu ermitteln; der Bericht der Verwaltung erfolge in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses. Zudem solle seitens der Verwaltung eine Einschätzung zur Höhe der Kosten bzw. zum Umfang einer entsprechenden neuen Beschilderung sowie zu den Auswirkungen dieses Modellversuches auf den Bereich Knapper Straße erfolgen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag des Vorsitzenden Holzrichter einstimmig zu.

9. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

10.1.1. Innerörtliche Wegweisung zur Phänomenta

Herr Vöcks informiert darüber, dass Besucher der Phänomenta demnächst von der Autobahn Lüdenscheid Mitte durch ein touristisches Hinweisschild sowie von den Autobahnabfahrten Lüdenscheid-Süd und Lüdenscheid-Nord durch entsprechende neue Hinweisschilder bis zur Stellplatzanlage an der Bahnhofsallee geführt werden. Er verdeutlicht dies anhand des im **Rats-und Gremiensystem** eingestellten Planes.

10.1.2. Bewohnerparken an der Europaallee

Herr Vöcks berichtet, dass aufgrund der enormen Parkplatzproblematik wegen des Klinikums Hellersen sowie der dort ansässigen Schule die Verwaltung beschlossen habe, den oberen Bereich der Europaallee bis zum Haus Nr. 26 zum Teil als Bewohnerparkplätze zu beschildern. Der obere Bereich Richtung Brüninghauser Straße werde mit einer Parkscheibenregelung von 2 Stunden in der Zeit von Montags bis Freitags von 07.30 Uhr bis 16 Uhr beschildert. Ab Haus Nr. 28 würden die Stellplätze bis zur Mitte des Parkstreifens ausschließlich für die Bewohner reserviert. Um zu evaluieren, ob die vorgesehenen Bereiche dauerhaft dieser Regelung entsprechen oder noch angepasst werden müssen, erfolge zunächst eine provisorische Beschilderung mit mobilen Schildern.

10.1.3. Ausstattung der Lichtzeichenanlagen mit erweiterter Blindensignalisierung - Loc-ID

Herr Vöcks informiert darüber, dass im Rahmen der Erneuerung der Ampelanlagen / Lichtsignalanlagen (LSA) im Stadtgebiet durch den Baulastträger Landesbetrieb Straßenbau (Straßen.NRW) der Einbau einer neuen Technik, der sog. „Loc-ID“-Technik, erfolge. Dies bedeute im Bereich der Blindensignalisierung eine technische Verbesserung über die rechtlich erforderlichen Maßnahmen hinaus.

Das System „Loc-ID“ ermögliche eine Anpassung des akustischen Orientierungssignals (Pilottons) an den Signalanlagen an die Gegebenheiten vor Ort. Durch diese Technik werde es insbesondere an Kreuzungen mit erhöhtem Umgebungslärm erleichtert, die Querungsstelle aufzufinden. Bei Annäherung einer Person an eine mit der Technik ausgerüsteten Signalanlage werde der Pilotton angehoben, so dass ein sicheres Auffinden der Querungsstelle ermöglicht werde. Während der Annäherung an den Anforderungstaster bzw. Masten werde die Lautstärke wieder schrittweise bis auf die Ausgangslautstärke reduziert. Nachträgliche Anpassungen des Systems (Art des Pilottons, Lautstärke etc.) seien mit relativ geringem Aufwand möglich. Die Übermittlung der Signale seitens der Blinden erfolge mittels gängiger Technik per Bluetooth über eine Smartphone-App oder einen Handsender (Armband).

Der Straßenbaulastträger strebe zurzeit eine Umsetzung der Technik im Rahmen der Erneuerung der im ersten Paket zu ertüchtigenden innerstädtischen Signalanlagen an. Bei einer anstehenden Erneuerung der akustischen Signalgeber fielen die zu erwartenden Mehrkosten für eine Erweiterung um „Loc-ID“ mit ca. 200 Euro pro Mast relativ gering aus. Die

Kosten für die Umrüstung der Signalanlagen in Baulast des Landes würden im Fall der Umsetzung von Straßen NRW getragen.

Im Hinblick auf eine anzustrebende einheitliche technische Ausstattung der Signalanlagen im Stadtgebiet sei bei der Einrichtung des Systems anzustreben, auch die Signalanlagen in Baulast der Stadt mit der entsprechenden Technik auszurüsten. Vorstellbar sei die schrittweise Umsetzung im Zuge anstehender Ertüchtigungen, wie sie aktuell für die drei städtischen Signalanlagen im Straßenzug Hochstraße / Werdohler Straße vorgesehen seien.

Nach kurzer Diskussion und einzelnen Nachfragen zur Sicherheit sowie Funktion der neuen Technik stimmen die Ausschussmitglieder dem Einbau der „Loc-ID“-Technik zu.

10.1.4. Markierung Heedfelder Straße

Frau Niggemann-Schulte führt aus, dass die Markierung der Heedfelder Straße im Zuge von Deckensanierungsmaßnahmen durch den Landesbetrieb Straßenbau (Straßen.NRW) in zwei Abschnitten erneuert werde. Der Abschnitt Kreishaus – Hagedornskamp werde bis auf den zu schmalen ehemaligen Radfahrstreifen entsprechend dem Bestand wiederhergestellt. In Höhe des Penny-Marktes werde eine Querungshilfe angeordnet. Auf dem Abschnitt Im Opendahl – Heerwieser Weg werde sowohl stadteinwärts als auch stadtauswärts ein Mehrzweckstreifen markiert. Der Spureinzug stadteinwärts erfolge zukünftig von links statt wie bisher von rechts.

Die Vorzugsvariante der Stadt Lüdenscheid mit Anordnung eines beidseitigen Schutzstreifens für den Radverkehr wurde sowohl von Straßen.NRW, der Direktion Verkehr der Polizei sowie der Straßenverkehrsbehörde des Märkischen Kreises abgelehnt.

Die Verwaltung weist an dieser Stelle darauf hin, dass derartige Uneinigigkeiten bei zukünftig anstehenden Deckensanierungen ebenfalls nicht auszuschließen seien.

Es folgt eine kurze Diskussion zur vorliegenden Kompromisslösung.

Im Anschluss unterbricht Vorsitzender Holzrichter um 18.23 Uhr die öffentliche Sitzung und erteilt dem Sprecher der Energiewendegruppe Märkischer Kreis das Wort. Dieser schlägt vor, die vorgestellte Lösung zur Stellungnahme auch im Arbeitskreis Nahmobilität vorzustellen. Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Wortmeldung und eröffnet um 18.26 Uhr erneut die öffentliche Sitzung.

10.1.5. Fernbushalt in Lüdenscheid

Frau Niggemann-Schulte berichtet, dass auf Initiative des Fachdienstes Wirtschaftsförderung bezüglich der Anfrage des Fernbusunternehmens Flixbus, in Lüdenscheid einen Fernbushalt einzurichten, potentielle Haltestellen für einen Fernbushalt auf die Anforderungen von Flixbus (Nähe zur Autobahn, gute ÖPNV-Anbindung) überprüft worden seien. Konkret lägen zwei Anträge mit geplantem Betriebsbeginn Anfang Juli vor, und zwar für die Strecken Passau-Essen sowie Hamburg-Tübingen. Im Falle der Genehmigung wären dies vier Busse täglich an sieben Wochentagen. In Abstimmung mit dem Fachdienst Wirtschaftsförderung sowie der Märkischen Verkehrsgesellschaft (MVG) werde nun die Haltestelle „Worth“ am Beginn der Glatzer Straße für einen Fernbushalt zur Verfügung gestellt. Nach Prüfung durch die MVG sei die Haltestelle „Eichholz“ mit Wendemöglichkeit aufgrund der bestehenden höheren Frequentierung durch Linienbusse verworfen worden.

Nach kurzer Aussprache fasst Vorsitzender Holzrichter zusammen, das Prüfungsergebnis der MVG solle berücksichtigt werden und die vorgesehene Haltestelle „Worth“ zumindest versuchsweise angefahren werden.

10.1.6. Breitbandausbau durch die Telekom

Herr Rotter erinnert daran, dass die Telekom in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 17.02.2016 die Pläne für den Breitbandausbau im Stadtgebiet vorgestellt habe. Baubeginn sollte im April 2016 sein. Bis heute lägen der Stadt im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Zustimmungsverfahrens jedoch nur Übersichtspläne von zwei der insgesamt acht Ausbaubereiche mit insgesamt ca. zwölf bis vierzehn Kilometer neuer Leitungen vor. Detailpläne, vor allem auch zu den Standorten der rund 100 neuen Multifunktionsgehäusen, fehlten ganz. Da der Breitbandausbau auch im Interesse der Stadt erfolge, werde die Telekom nun von mehreren Stellen der Verwaltung unterstützt, die u. a. die für eine Prüfung notwendigen Detailpläne selbst erstellen und der Telekom zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sollen regelmäßige Arbeitstreffen zwischen Telekom und Stadt stattfinden, um die Umsetzung der Baumaßnahmen möglichst problemlos zu gestalten.

Die Frage seitens des Ausschusses, ob diese Unterstützung der Telekom seitens der Verwaltung der Telekom in Rechnung gestellt werde, beantwortet Herr Bärwolf dahingehend, dass diese Leistung zum Vorteil der Bürger im vertretbaren Rahmen kostenfrei erfolge.

10.1.7. Sanierung der Ortsdurchfahrt Brüninghausen

Herr Rotter berichtet, dass entgegen der ursprünglichen Planung nach Auskunft des Landesbetriebes Straßenbau (Straßen.NRW) in 2017 nur die Sanierung des Brückenbauwerks unter Vollsperrung erfolgen solle. Für die Fahrbahnsanierung werde seitens Straßen.NRW zunächst ein Ingenieurbüro mit der Ausbauplanung beauftragt. Erst wenn diese Pläne vorlägen, könnte diese Maßnahme und evtl. begleitende Maßnahmen der Stadt miteinander abgestimmt werden. Dies sei frühestens in 2018 der Fall.

Auf Nachfrage seitens des Ausschusses fügt er ergänzend hinzu, zur geplanten Dauer der Brückensanierung lägen ihm keine konkreten Informationen vor. Die Maßnahme werde jedoch zeitlich so schnell wie möglich umgesetzt.

10.1.8. Fahrbahndeckensanierung Heedfelder Straße

Herr Rotter informiert darüber, dass der Bereich der Heedfelder Straße zwischen Kreishaus und Hagedornskamp in den nächsten Wochen ursprünglich an zwei Wochenenden unter Vollsperrung saniert werden sollte. Bei der abschließenden Baufeldbesichtigung seien jedoch technische Probleme erkannt worden, welche durchgehende Arbeiten für einen Zeitraum von sieben Tagen erforderlich machten. In Abstimmung mit der Polizei sowie der Feuerwehr sei nun vereinbart worden, dass diese siebentägige Vollsperrung erst in den Sommerferien ab dem 13.07.2016 erfolgen solle.

10.2. Beantwortung von Anfragen

10.2.1. Beantwortung der Anfrage des RH Wakup zum Thema "Fehlende Wegweisung und Beschilderung zur öffentlichen Toilette im neuen Gebäude am Bahnhof"

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Wakup ist durch die Zentrale Gebäudewirtschaft der Stadt Lüdenscheid direkt an Ratsherrn Wakup erfolgt und diesem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

10.2.2. Beantwortung der Anfrage des RH Ferber zum Thema "Fehlende Beschilderung an der Einmündung Nottebohmstraße/Bräuckenstraße der zu erreichenden Stadtteile, Kliniken u. ä."

Ratsherr Ferber bedankt sich für die schriftliche Beantwortung der Anfrage, welche im **Bürgerinformationssystem** einsehbar ist. Er merkt hierzu an, es fehle immer noch ein deutlicher Hinweis (Piktogramm) auf das Klinikum.

Die Verwaltung nimmt diesen Hinweis auf.

10.2.3. Beantwortung der Anfrage der RF Hertes zum Thema "Parkplatzsituation und Wendemöglichkeit in der Straße 'Am Galgenberg'"

Ratsfrau Hertes bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage, welche im **Bürgerinformationssystem** eingestellt ist.

10.2.4. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn König zum Thema „Beidseitig parkende LKW an der B 229 zwischen Hüttemeisterstraße und Peddensiepen trotz Halteverbots“

Da Ratsherr König kein Mitglied dieses Ausschusses sei und die Anfrage aus der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Stadtplanung und Umwelt, Bau und Verkehr sowie Schule und Sport vom 18.05.2016 sowie die Beantwortung mündlich kommuniziert worden sei, schlägt Vorsitzender Holzrichter vor, die schriftliche Beantwortung als **Anlage** zum Protokoll zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

10.3. Anfragen

10.3.1. Anfrage des Rats Herrn Dudas zum Thema "Rotschaltung der Ampel an der Christuskirche bei Einsätzen von Feuerwehr/Rettungsdienst"

Ratsherr Dudas berichtet von der Situation an der Christuskirche, dass die Ampelanlage je nach Taktung bei Einsätzen der Feuerwehr/des Rettungsdienstes, welche die Kreuzung que-

ren müsse, für den fließenden Verkehr grün anzeige. Dies habe in der Vergangenheit mehrfach zu Beinahe-Unfällen oder zumindest zu gefährlichen Situationen aller Beteiligten geführt. Er bittet um Auskunft, ob die Möglichkeit bestehe, die betroffenen Ampelanlagen im Einsatzfall per Funk auf Rot zu schalten, um solche gefährlichen Situationen zu verhindern. Weiter bittet er die Verwaltung um Prüfung, wie aufwändig eine solche Einrichtung wäre sowie eine Kostenschätzung hierzu.

Herr Walter als Leiter der Feuer- und Rettungswache bestätigt die dargestellte Sachlage und befürwortet den Vorschlag des Rats Herrn Dudas.

Vorsitzender Holzrichter weist darauf hin, dass derzeit die Lichtsignalanlagen im gesamten Stadtgebiet durch Straßen.NRW überplant würden. Der überwiegende Teil der Ampelanlagen an Straßenkreuzungen befinde sich in der Baulast des Landes. Die Planung erfolge durch die Verwaltung, die Kosten trage Straßen.NRW. Im Zuge dieser Überplanung sei der Vorschlag von Rats Herrn Dudas zu prüfen und falls möglich ggf. umzusetzen. Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Rats Herrn Dudas für die Anregung.

Die Ausschussmitglieder befürworten diese Vorgehensweise.

10.3.2. Anfrage des Rats Herrn Dudas zum Thema "Aktueller Sachstand zum Parkleitsystem im Stadtgebiet Lüdenscheids"

Rats Herr Dudas führt aus, dass er in der Sitzung im November 2015 die Möglichkeit angefragt habe, das seit geraumer Zeit nicht funktionsfähige Parkleitsystem zu entfernen, um ortsfremde Verkehrsteilnehmer nicht zu verwirren. In der genannten Sitzung wurde seitens des Vorsitzenden Holzrichter mitgeteilt, dass das Parkleitsystem überplant werde. Er bittet nunmehr um einen aktuellen Sachstand zu diesem Thema bzw. zur Möglichkeit der Entfernung.

Vorsitzender Holzrichter sieht eine grundsätzliche Entfernung der Beschilderung kritisch, da diese grundsätzlich auf die vorhandenen Parkmöglichkeiten hinweisen, auch wenn die dynamische Anzeige der freien Plätze abgeschaltet sei. Herr Bärwolf ergänzt, diese dynamische Anzeige funktioniere nicht mehr, da es hierfür keine Ersatzteile gebe. Eine komplette Demontage komme aufgrund noch laufender Förderfristen jedoch noch nicht in Betracht. Zur Verbesserung der aktuell unbefriedigenden Situation prüfe die Verwaltung die Möglichkeit zur Umsetzung eines statischen Parkleitsystems und werde hierzu nach Abschluss der Prüfung in einer der nächsten Sitzungen nach den Sommerferien berichten.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

10.3.3. Anfrage RH Thielicke zum Thema „Parkmöglichkeit (für Sportvereine) auf dem Schulhof der ehemaligen Hermann-Gmeiner-Schule“

Rats Herr Thielicke fragt an, ob den Vereinen, welche die Sporthalle der ehemaligen Hermann-Gmeiner-Schule für Ihre Vereinsarbeit nutzen, aufgrund des in diesem Bereich vorhandenen großen Parkdrucks die Möglichkeit eingeräumt werden könne, den dortigen Schulhof für Parkzwecke zu nutzen. Dies vor dem Hintergrund, dass die Schule und somit auch der Schulhof nicht mehr als solche genutzt werde und auch die Flüchtlingszahlen, zu deren Unterbringung die Schule herangezogen wurde, stark rückläufig seien. Auch sei die Schulstraße in diesem Bereich sehr schmal und biete keine Parkmöglichkeiten.

Herr Kusmirtz als Leiter der zuständigen städtischen Gebäudewirtschaft schlägt vor, aufgrund der komplexen Sachlage (notwendige Entwidmung der Fläche, Festlegung der Parkberechtigung(en), Prüfung der Zuständigkeit zur Bewirtschaftung der Fläche etc.) in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses einen Bericht vorzulegen.

Ratsherr Wakup informiert, aufgrund des früheren Schulbetriebes sei die Schulstraße in diesem Bereich auf der rechten Straßenseite von der Rathmecke kommend mit einem absoluten Halteverbot beschildert. Da es dort keinen Schulbetrieb mehr gebe schlägt er vor, zur Lösung der Parkproblematik diese Beschilderung zu entfernen.

Aufgrund der inhaltlichen Zuordnung regt Ratsherr Voß an, die Anfrage zuständigkeitshalber im Schul- und Sportausschuss zu beantworten. Herr Kusmirtz sagt nach den Sommerferien einen Bericht sowohl im Schul- und Sportausschuss als auch im Bau- und Verkehrsausschuss zu.

Die Ausschussmitglieder befürworten diesen Vorschlag.

10.3.4. Anfrage der Ratsfrau Hertes zum Thema "Ausladende Bäume angrenzend der LÜWO-Häuser am Südhang"

Ratsfrau Hertes berichtet, ein Anwohner der Häuser Am Südhang habe sie mit der Bitte um Weiterleitung bzw. Abhilfe angesprochen. Die in den LÜWO-Häusern Am Südhang angrenzenden Gärten stehenden sehr ausladenden Bäume stehen teilweise in den Straßenraum und seien sehr ausladend. Er habe bereits Gespräche mit der LÜWO über die Beschneidung der Bäume geführt, bisher jedoch ohne Resultat. Die derzeitige Situation stelle sich so dar, dass diese LÜWO-Häuser zur Unterbringung von Flüchtlingen saniert würden, am geschilderten Sachverhalt habe sich bisher nichts geändert. Sie bittet um Auskunft, ob die Zuständigkeit zur Behebung dieser Situation bei der LÜWO direkt liege oder der Fachausschuss hier zuständig sei.

Vorsitzender Holzrichter verweist auf die direkte Zuständigkeit der LÜWO als Eigentümerin der Bäume, ggf. unter Beteiligung des Fachdienstes Umweltschutz und Freiraum.

Ratsfrau Hertes bedankt sich für die Antwort.

10.3.5. Anfrage der Ratsfrau Mewes zum Thema "Verkehrssituation Sauerfeld/Ecke Hochstraße"

Ratsfrau Mewes stellt eine Anfrage bezüglich der Verkehrssituation oben an der Sauerfelder Straße/Ecke Hochstraße, die linksseitige Buswarteschleife betreffend. Sie habe vor längerer Zeit eine entsprechende Anfrage gestellt, den Haltestreifen für PKW, welche von der Sauerfelder Straße links in die Hochstraße einbiegen, etwas zu versetzen, damit die Busse vor den Autos in die genannte Haltestelle einbiegen können. Sie bittet um Prüfung und einen aktuellen Sachstandsbericht.

Vorsitzender Holzrichter sagt eine Beantwortung durch die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zu.

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender

gez. Malberg

Schritfführerin